

Antrag - Nr. StVV - AT 28/2022 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 05.07.2022		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Obdachlosigkeit bekämpfen – Housing First in Bremerhaven einführen (GRÜNE PP)

Die Gründe für Obdachlosigkeit sind vielfältig. Laut Befragung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Wohnungslosenhilfe wünscht sich ein großer Teil der Wohnungslosen eine Wohnung. Um auch Menschen in schwierigen Lebenslagen den eigenen Wohnraum zu ermöglichen, wurde in mehreren Bundesländern und Kommunen das Projekt Housing First auf den Weg gebracht. Zielsetzung von Housing First ist die Vermittlung von Wohnungen an wohnungslose Menschen. Auch die Bremische Bürgerschaft hat im Jahr 2019 den Senat aufgefordert, ein entsprechendes Pilotprojekt zu entwickeln.

Um Housing First umzusetzen und dadurch Obdachlosigkeit zu beenden, ist es notwendig, dass Wohnungen zur Verfügung stehen und begleitende Betreuung im eigenen Wohnraum sichergestellt wird. Die Menschen, die Housing First nutzen, benötigen meist sozialpädagogische Unterstützung auf dem Weg in ein eigenständiges Leben in der eigenen Wohnung. Sie haben oft schlechte Erfahrungen auf dem Wohnungsmarkt gemacht, sind seit Jahren in Wohneinrichtungen, Notunterkünften oder auf der Straße und häufig belastet mit Suchtproblematiken und psychischen Belastungen, sodass eine aktive Hilfestellung erforderlich ist, die solange wie nötig sichergestellt werden muss. Die aktive Begleitung der Menschen muss sowohl soziale Betreuung als auch Gesundheitsfürsorge umfassen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen,

1. dass ein Modellprojekt Housing First in Bremerhaven auf den Weg gebracht wird,
2. dass ein dezernatsübergreifendes Konzept zur Umsetzung von Housing First entwickelt wird und den zuständigen Fachausschüssen bis Ende 2022 vorgelegt wird,
3. dass die Träger der Wohnungslosenhilfe an der Konzeptentwicklung beteiligt werden,
4. dass sozialpädagogische Betreuung innerhalb des Projektes sichergestellt wird.

Weitere Begründung erfolgt mündlich

Dorothea Fensak, Petra Coordes

und Fraktion DIE GRÜNEN PP